

**Niederschrift**

**über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und  
Finanzausschusses am Mittwoch, 08.03.2017 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des  
Bürgerhauses, Mittelstraße 40, 40721 Hilden**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings      Stadt Hilden

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Reinhold Daniels	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Frau Marion Buschmann	CDU	
Herr Fred Harry Frenzel	CDU	
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden	
Herr Thomas Remih	FDP	bis TOP 4.7
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (antragsstellende Fraktion)

Herr Yannick Hoppe	FDP	ab TOP 4.7
--------------------	-----	------------

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt  
Herr Beigeordneter Sönke Eichner  
Frau Beigeordnete Rita Hoff  
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete  
Herr Roland Becker  
Herr Michael Witek  
Herr Tobias Schlusche  
Frau Susanne Enke

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
--------------------------------	-----

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
  - 3.1 Anregung nach § 24 GO NRW - Rücknahme der Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B  
**WP 14-20 SV 20/070**
  - 3.2 Anregung nach § 24 GO NRW: Verschmutzung durch Hundekot  
**WP 14-20 SV 32/014**
- 4 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
  - 4.1 Anpassung der Gebührensatzung für die Benutzung von Krankentransport- und Rettungstransportwagen  
**WP 14-20 SV 37/004**
  - 4.2 Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei Hilden  
**WP 14-20 SV 41/053**
  - 4.3 Im Hock - Neubau eines Asylbewerberheims - Vorlage der Unterlagen nach §14 GemHVO -  
**WP 14-20 SV 26/025**
  - 4.4 Helmholtz-Gymnasium und Marie-Colinet-Sekundarschule, Erneuerung der Schließenanlagen mit Amokfunktion - Vorlage der Unterlagen nach § 14 GemHVO -  
**WP 14-20 SV 26/026**
  - 4.5 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016  
**WP 14-20 SV 20/067**
  - 4.6 Sachstandsbericht Zentrale Vergabestelle 2016  
**WP 14-20 SV 20/074**

- 4.7 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaus-  
halt  
**WP 14-20 SV 20/068**
- 5 Anträge
  - 5.1 Antrag der FDP - Beteiligungsmanagement  
**WP 14-20 SV 20/071**
  - 5.2 Antrag der FDP - Stadthalle Hilden  
**WP 14-20 SV 20/072**
  - 5.3 Antrag der FDP - Papierlosen Stadtrat verwirklichen  
**WP 14-20 SV 01/059**
- 6 Angelegenheiten diverser Ausschüsse
  - 6.1 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Mesto nad Metují  
**WP 14-20 SV 01/065**
  - 6.2 Neuauflage des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms  
**WP 14-20 SV 26/024**
- 7 Allgemeine Ratsangelgenheiten
  - 7.1 Beantragte sonntägliche Verkaufsöffnungen für das Jahr 2017  
**WP 14-20 SV 32/016**
  - 7.2 Änderung der Hauptsatzung - 5. Nachtragssatzung  
**WP 14-20 SV 01/074**
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

### **Eröffnung der Sitzung**

---

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, und die Vertreter der Presse. Sie stellte fest, dass die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen seien.

## **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass eine zweite inhaltsgleiche Beschwerde zum TOP 3.1 „Anregung nach § 24 GO NRW – Rücknahme der Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B“ eingegangen ist und gleichzeitig mitberaten wird. Diese wurde vor der Sitzung an die Mitglieder nachgereicht.

## **Einwohnerfragestunde**

---

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

### **1 Befangenheitserklärungen**

---

Es erklärten sich folgende Mitglieder des Gremiums zu TOP 4.7 –Önderungen im Zusammenhang mit der SPE Mühle e. V.- für befangen:

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD)
- Ratsmitglied Bosbach (SPD)

### **2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht**

---

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

### **3 Anregungen und Beschwerden**

---

<b>3.1 Anregung nach § 24 GO NRW - Rücknahme der Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B</b>	<b>WP 14-20 SV 20/070</b>
---	-------------------------------

---

Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass eine zweite inhaltsgleiche Beschwerde zum TOP 3.1 „Anregung nach § 24 GO NRW – Rücknahme der Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B“ eingegangen ist und gleichzeitig mitberaten wird. Diese wurde vor der Sitzung an die Mitglieder nachgereicht.

Die Fraktionen SPD (Ratsmitglied Schneller), FDP (Ratsmitglied Remih), Grüne (Ratsmitglied Bartel) und CDU (Buschmann) erklärten, dass jetzt eine Rücknahme der Erhöhung bzw. Senkung der Grundsteuer im Hinblick auf die derzeitige Haushaltssituation nicht möglich sei. Die Fraktionen

SPD, Grüne und CDU lehnten daher die Anregung ab, während die FDP sich enthielt.

Auf Grundlage eines zitierten Berichts eines Datenschutzbeauftragten zum Thema Anonymität von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW bat die Fraktion Allianz (Ratsmitglied Burchartz) zukünftig um Mitteilung der Namen der Anregenden bzw. Beschwerdeführern.

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die Anregungen keinesfalls anonym seien, sonst wären diese nicht auf die Tagesordnung aufgenommen worden.

Weiterhin äußerten sich die Fraktionen BA (Ratsmitglied Reffgen) sowie FDP (Ratsmitglied Reimih), dass Sparziele über Jahre hinweg eine Erhöhung verhindert hätten und die derzeitige Haushaltssituation sich lange Zeit vorher abzeichnete. Eine Zustimmung zur Anregung erfolgte durch die Fraktion BA.

Kämmerer Klausgrete entgegnete, dass erst seit 2014 und nicht schon seit vielen Jahren die derzeitige Haushaltssituation abzusehen war.

### **Antragstexte:**

#### **Beschwerde gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrte Damen und Herren, nach § 24 GO NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Stadtrat/Gemeinderat zu wenden. Von diesem Recht möchte ich/möchten wir Gebrauch machen.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer B in der Stadt Hilden bin ich nicht einverstanden. Die Ratsmitglieder sollten stärker auf die Belange der Bürger bzw. Gewerbetreibenden Rücksicht nehmen. Von einer Erhöhung der Grundsteuer B sind sowohl die Eigentümer von Häusern, Wohnungen und Gewerbeimmobilien als auch die Mieter, die die Grundbesitzabgaben in aller Regel über die Betriebskosten zahlen müssen, betroffen. Da die Wohnnebenkosten bzw. Betriebskosten – Heizenergie, Müllabfuhr, Wasser sowie Abwasser, Straßenreinigung und Winterdienstgebühren – in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind und sich zu einer zweiten Miete entwickelten, sollten die Verantwortlichen die Hebesatzanpassung überdenken, weil sie unsozial ist. Stattdessen sollten die politisch Verantwortlichen nach Einsparpotenzialen suchen und bei der Etatsanierung auf der Ausgabenseite ansetzen. Tipps zu Sparpotenzialen für Kommunalpolitiker gibt der „Kommunalkompass“ der BdSt, der an alle Mandatsträger versandt wurde und der unentgeltlich beim BdSt bezogen werden kann.

Ich bitte, die Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

-----

#### **Beschwerde gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit der Hauptsatzung § 'der Stadt/Gemeinde'**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Stadtrat/Gemeinderat zu wenden. Von diesem Recht möchte ich/möchten wir Gebrauch machen.

### **Zum Sachverhalt**

Der Stadtrat/Gemeinderat hat eine Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung beschlossen (Hebesatzung vom 16.3.16. Gegen diese Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung richtet sich meine/unsere Beschwerde.

### **Begründung der Beschwerde**

Zwar dürfen die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, so auch Hilden selbst entscheiden, wie hoch die Realsteuerhebesätze und somit auch der Grundsteuer B-Hebesatz ist. Bei dieser Entscheidung schien aber die verantwortlichen Politiker nicht teer das Ziel hinaus schießen, so wie das leider in unserer Kommune der Fall ist. Der verantwortliche Rat sollte bei seiner Entscheidung bei dem Grundsteuer B-Hebesatz immer bedenken, dass die Grundsteuer B in aller Regel jeden Bürger und jeden Einwohner in der Kommune trifft. So trifft die finanzielle Belastung durch die Grundsteuer B nicht nur den Grundstückseigentümer, sondern in aller Regel auch die Mieterhaushalte, weil die Grundsteuer B als Betriebskostenart in aller Regel in den meisten Mietverträgen auf den Mieter überwältigt wird. Gerade vor dem Hintergrund, dass auch andere Wohnnebenkosten in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind, so zum Beispiel die Gas- und Strompreise und, wie die jährlichen Untersuchungen des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen zeigen, auch die Müll- und Abwassergebühren, sollte die Politik die beschlossene Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung überdenken und zurücknehmen.

Die beschlossene Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung durch den Stadtrat/Gemeinderat Hilden ist auch noch aus einem weiteren Grund nicht notwendig beziehungsweise nicht erforderlich, weil es eine Vielzahl von Einsparmöglichkeiten in einer Kommune gibt. Dies belegt beispielsweise der sogenannte Kommunalkompass des Bundes der Steuerzahler „Tipps für Kommunalpolitiker“, der unentgeltlich beim Bund der Steuerzahler NRW bezogen werden kann und der eine Vielzahl von Möglichkeiten und Maßnahmen aufzeigt, wie man einen kommunalen Haushalt ausgleicht ohne Abgaben erhöhen zu müssen.

### **Forderung**

Aufgrund des oben dargelegten Sachverhaltes fordere ich/fordern wir den Rat der Stadt/Gemeinde Hilden auf, die beschlossene Grundsteuer B-Hebesatzerhöhung rückgängig zu machen. Da der kommunale Haushalt unserer Stadt/Gemeinde in erster Linie über die Ausgabeseite statt über Abgabenerhöhungen über die Einnahmeseite auszugleichen ist.

Nur der guten Ordnung halber möchte ich/möchten wir darauf hinweisen, dass ich/wir einen Rechtsanspruch darauf habe/haben, über die Stellungnahme zu der von mir/uns vorgetragenen Beschwerde unterrichtet zu werden. Die Unterrichtung selbst ist Sache des Bürgermeisters/Oberbürgermeisters.

Mit freundlichen Grüßen

### Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 15 Nein-Stimmen (SPD, CDU, Grüne und BM) gegen 2 Ja-Stimmen (Allianz, und BA) bei 1 Enthaltung (FDP)

3.2 Anregung nach § 24 GO NRW: Verschmutzung durch Hundekot

WP 14-20 SV  
32/014

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss weist die Bürgeranregung nach § 24 GO NRW von Herrn Karl Hubert, Tizianweg 41, 40721 Hilden, die DNA aller in Hilden steuerlich gemeldeten Hunde zu erfassen, aus rechtlichen Gründen zurück.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

---

#### 4 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

---

4.1 Anpassung der Gebührensatzung für die Benutzung von Kranken- WP 14-20 SV  
transport- und Rettungstransportwagen 37/004

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Änderung des Gebührentarifes zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Krankentransport- und Rettungstransportwagen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

*Die Satzung mit dem Gebührentarif ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.*

4.2 Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei Hilden WP 14-20 SV  
41/053

---

Die Fraktion BA (Ratsmitglied Reffgen) beantragte eine differenzierte Abstimmung zur Erhöhung der Gebühren für Jugendliche von 6,50 € auf 7,- € (§ 9 Nr. 2 der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei Hilden).

Bürgermeisterin Alkenings ließ zunächst über die oben genannte einzelne Gebührenerhöhung alternativ abstimmen.

Abstimmungsergebnis Gebührenerhöhung § 9 Nr. 2:  
Mehrheitlich beschlossen wurde mit 17-Stimmen die Alternative Gebührenerhöhung auf 7,- € (SPD, CDU, FDP, Allianz und BM) gegen 1-Stimme für die Alternative Verbleib bei 6,50 € (BA)

#### **Abgedruckter Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage:**

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege sowie im Haupt- und Finanzausschuss die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbücherei Hilden zum 01.04.2017.“

Abstimmungsergebnis (abgedruckter Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage):  
Einstimmig beschlossen mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (BA)

*Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.*

---

4.3 Im Hock - Neubau eines Asylbewerberheims- WP 14-20 SV

---

Die Fraktion FDP (Ratsmitglied Remih) lehnte den Neubau ab, da nicht bekannt ist wie sich die Situation entwickeln würde. Außerdem wurde aufgeführt, dass noch andere Möglichkeiten im Bereich des Leerstands und der Zumietung bestehen würden.

Der Planung stimmte die Fraktion BA (Ratsmitglied Reffgen) zu, jedoch nicht dem Bauen.

Der 1. Beigeordnete Danscheidt bestätigte die Aussage von Ratsmitglied Reffgen, dass der Beschluss nur eine Formalie zur Bereitstellung der Gelder im Haushalt sei. Der Bau-Beschluss müsste erst noch folgen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz dem Neubau der Asylbewerberunterkunft auf dem Grundstück Im Hock und den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 2.000.000 Euro zu. Die Maßnahme ist im Haushaltsplanentwurf 2017 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 17 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme (FDP)

---

4.4	Helmholtz-Gymnasium und Marie-Colinet-Sekundarschule, Erneuerung der Schließanlagen mit Amokfunktion - Vorlage der Unterlagen nach § 14 GemHVO -	WP 14-20 SV 26/026
-----	---	-----------------------

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz dem Einbau von Schließanlagen mit Amokfunktion im Helmholtz-Gymnasium und in der Marie-Colinet-Sekundarschule und den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 260.000 € zu. Davon entfallen 160.000 € auf das Helmholtz-Gymnasium und 100.000 € auf die Marie-Colinet-Sekundarschule.

Die Maßnahmen sind im Haushalt 2017 und der Mehrjahresfinanzplanung veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

---

4.5	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016	WP 14-20 SV 20/067
-----	--	-----------------------

---

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von den im Haushaltsjahr 2016 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) und investiven Auszahlungen (Anlage 2 der Sitzungsvorlage).

---

4.6	Sachstandsbericht Zentrale Vergabestelle 2016	WP 14-20 SV 20/074
-----	---	-----------------------

---

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Sachstandsbericht über die Tätigkeiten der Zentralen Vergabestelle zur Kenntnis.

4.7 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt WP 14-20 SV 20/068

---

Kämmerer Klausgrete korrigierte unter Punkt IV „Gute Schule 2010“ der Erläuterungen und Begründungen zur Sitzungsvorlage die Endsummen der jährlichen Inanspruchnahme der Schuldendiensthilfe auf 390.208 €. Die Beträge haben sich zum ursprünglichen Gesetzesentwurf nun geändert.

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen:

Es bestand Einigkeit über globale Abstimmungen zu den Listen 1 und 2 des Ergebnishaushaltes sowie Liste 1 der Investitionen.

Abstimmungsergebnis Liste 1 Ergebnishaushalt (Auflistung der erledigten oder zurückgezogenen Anträge)

Einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis Liste 2 Ergebnishaushalt (Ansatzkorrekturen mit Verwaltungsvorschlägen)

Hierzu übernahm kurz die stellv. Vorsitzende Buschmann den Vorsitz.

Einstimmig beschlossen bei folgenden drei Befangenheiten, die zuvor angezeigt wurden:

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD)
- Ratsmitglied Bosbach (SPD)

Abstimmungsergebnisse Liste 3 Ergebnishaushalt (Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge über die noch – im Einzelfall – abgestimmt werden muss)

*Siehe entsprechende Liste der Anlage 3 „Ergebnis Änderungsliste gesamt“ der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnisse Liste 4 Ergebnishaushalt (Anträge Bürgerhaushalt)

*Siehe entsprechende Liste der Anlage 3 „Ergebnis Änderungsliste gesamt“ der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis Liste 1 Investitionen (Auflistung der erledigten oder zurückgezogenen Anträge)

Einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnisse Liste 3 Investitionen (Anträge der Fraktionen und sonstige Anträge über die noch – im Einzelfall – abgestimmt werden muss)

*Siehe entsprechende Liste der Anlage 3 „Ergebnis Änderungsliste gesamt“ der Niederschrift.*

Liste 4 Ergebnishaushalt (Anträge Bürgerhaushalt)

Anträge lagen nicht vor

#### **Abgedruckter Beschlussvorschlag:**

1. Siehe oben
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt das Konzept, wie die im Rahmen des Förderprogramms "NRW.BANK.Gute Schule 2020" eingeräumten Kreditkontingente in Anspruch genommen werden sollen.

3. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das Breitbandkonzept Schulen im Rahmen des Förderprogramms "NRW.BANK.Gute Schule 2020" (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung 2017 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne (inkl. der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) bis 2020, fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt 2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis des abgedruckten Beschlussvorschlages:

Einstimmig beschlossen

## 5 Anträge

---

### 5.1 Antrag der FDP - Beteiligungsmanagement

WP 14-20 SV  
20/071

---

**Antragstext:**

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Die Stadt Hilden erstellt jährlich einen Bericht über das eigene Beteiligungsmanagement. In diesem Bericht werden alle Beteiligungen aufgeführt. Im Rahmen eines strategischen Beteiligungsmanagement sind die Beteiligung - insbesondere die nicht im Konzernverbund - enthalten sind - auf die Wirtschaftlichkeit zu prüfen sowie Änderungsvorschläge zu unterbreiten, welche Beteiligungen veräußert bzw. neu gestaltet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt bei 15-Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen (Allianz und BA)

### 5.2 Antrag der FDP - Stadthalle Hilden

WP 14-20 SV  
20/072

---

Die Fraktion FDP (Ratsmitglied Hoppe) betonte, dass dies lediglich ein Prüfauftrag darstelle.

Sehr bedenklich befanden die Fraktionen SPD (Ratsmitglied Barata) und Grüne (Ratsmitglied Bartel) den Wegfall einer solch großen Veranstaltungsfläche und lehnten daher den Antrag ab. Die Kulturlandschaft würde sich verändern, wenn Veranstaltungen wie die UNICEF-Gala, Jazz-Night, Theaterveranstaltungen und große Karnevalsveranstaltungen in Hilden wegfallen würden.

Die Stadthalle nur für die wenigen Großveranstaltungen, z. B. die Abschlussveranstaltung der Jazz-Tage zu betreiben, hielt die Allianz-Fraktion (Ratsmitglied Burchartz) für bedenklich. Die Veranstaltungen könnten auf andere Veranstaltungsorte in Hilden (z. B. Bürgertreff) oder außerhalb Hildens ausweichen.

Für eine Beratung im Rat, weil es ein weitreichendes Thema unabhängig von der finanziellen Seite ist, plädierte die BA-Fraktion (Ratsmitglied Reffgen).

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Thematik aufgrund der Zuständigkeit in den Aufsichtsrat der Stadt Hilden Holding gehöre.

Die antragsstellende FDP-Fraktion (Ratsmitglied Hoppe) korrigierte ihren Beschlussvorschlag. Der erste Absatz des abgedruckten Antragstextes der Sitzungsvorlage wurde gestrichen.

**Geänderter Antragstext:**

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Die Verwaltung prüft den Verkauf der Stadthalle an einen privaten Dritten.

Parallel wird ein Ideenwettbewerb für eine mögliche Wohnbebauung der Grundstückes „Fritz-Gressard-Platz 1“ initiiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

5.3 Antrag der FDP - Papierlosen Stadtrat verwirklichen

WP 14-20 SV  
01/059

---

Die Fraktionen FDP (Ratsmitglied Hoppe), SPD (Ratsmitglied Barata) und Grüne (Ratsmitglied Bartel) sprachen sich grundsätzlich für dieses Zukunftsmedium aus. Sie waren sich einig, dass selbst bei einem derzeitigen ablehnenden Beschluss die Thematik in einigen Jahren wieder zur Beratung stehen wird und demnach könnte man sich dem Wandel nicht verschließen. Die drei Fraktionen hatten jedoch unterschiedliche Meinungen zu den dargestellten Hardware-Varianten (Bereitstellung von Endgeräten durch Verwaltung, „Bring your own device“ oder Mix aus Bereitstellung von Endgeräten und Nutzung eigener Endgeräte). Hier wurde vorgeschlagen zunächst das Konzept mit detaillierteren Angaben zu den Hardware-Varianten abzuwarten.

Die Fraktion CDU (Ratsmitglied Buschmann) erklärt, dass ihre Mitglieder unterschiedlicher Auffassung über die digitale Gremienarbeit sind und daher eine Zustimmung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Die Fraktion enthält sich.

Die Antragstellerin FDP (Ratsmitglied Hoppe) änderte ihren Antrag dahingehend, dass der in der Stellungnahme aufgeführte Verwaltungsvorschlag übernommen wurde (s. unten: Geänderter Antragstext).

**(Geänderter) Antragstext:**

„Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Stadt in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause ein Konzept zur Einführung der papierlosen, elektronischen Gremienarbeit auf Basis der Varianten 1, 2 und 3 zur Entscheidung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 10 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, BA und BM) bei 7 Enthaltungen (CDU, Allianz)

6 Angelegenheiten diverser Ausschüsse

---

Stadtverwaltungsrat Becker bat die Fraktionen um Mitteilung der Delegationsteilnehmer/innen und Themen für die Fahrt.

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují

- a) in der Zeit vom 25. Mai bis 28. Mai 2017

in der Zusammensetzung

Bürgermeisterin

10 Ratsmitglieder

2 Verwaltungsangehörige.

Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger wird ein Eigenanteil in Höhe von 110,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die Fraktion SPD ihren Antrag in der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzes vom 22.02.17 zurückgenommen hatte. Insofern erübrigte sich die zunächst für diese Sitzung zugestellte Sitzungsvorlage 26/024/1 mit ihrem Beschlussvorschlag. Den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses wurde daher die „alte“ Sitzungsvorlage 26/024 mit dem ursprünglichen Beschlussvorschlag noch vor der Sitzung nachgereicht. Diese war Gegenstand der Beratungen in den November-Sitzungen 2016 des Schul- und Sportausschusses sowie Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz. Sie wurde noch nicht abgearbeitet und steht daher nun zur Beratung an.

**Beschlussvorschlag:**

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport sowie im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz das vorgelegte Schulgebäudeunterhaltungsprogramm für die Jahre 2017-2020.

Über die Aufnahme der vorgesehenen Maßnahmen in die Haushaltspläne der Jahre 2017-2020 wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

---

## 7 Allgemeine Ratsangelgeneheiten

---

7.1 Beantragte sonntägliche Verkaufsöffnungen für das Jahr 2017 WP 14-20 SV  
32/016

---

Bedenken zu der in der Sitzungsvorlage angesprochenen und geplanten Befragung von Besucher/innen durch die Stadtmarketing Hilden GmbH selbst, äußerte die Fraktion Grüne (Ratsmitglied Bartel).

Für die Besucherbefragung wird ein externes Unternehmen beauftragt, entgegnete die Bürgermeisterin.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die in Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über die zusätzliche Öffnung von Verkaufsstellen im Jahr 2017.

Abstimmungsergebnis:  
Mehrheitlich beschlossen mit 14 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen (Grüne und BA)

7.2 Änderung der Hauptsatzung - 5. Nachtragssatzung WP 14-20 SV  
01/074

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die der Sitzungsvorlage als Anlage 2 beigefügte 5. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Hilden vom 08. Februar 2008.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

*Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.*

---

## 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

Keine

---

## 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

Keine

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings  
Vorsitzende

Tobias Schlusche  
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker  
Leiter Team Bürgermeisterbüro